

Christa Wichterich

VIEL ERREICHT, VIEL ZU TUN!

Frauenrechte und Geschlechtergleichheit nach 100 Jahren Internationaler Frauentag

In dieser unserer Republik herrscht derzeit in bezug auf Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik eine äußerst unübersichtliche Gemengelage

Beispiel 1: Das Weltwirtschaftsforum in Davos, die EU, die Weltbank und im letzten Wahlkampf selbst Herr Müntefering verkünden unisono, dass kein Land, das in der Globalisierung wettbewerbsfähig sein will, auf seine Frauen verzichten kann. Gleichzeitig ist auf dem Arbeitsmarkt die strukturelle Diskriminierung von Frauen offensichtlich, in D mit einem Lohngefälle von fast 25 Prozent zwischen Männern und Frauen, und einer Regierung, die der Privatwirtschaft kein Gleichstellungsgesetz und keine Quote verpassen will.

Beispiel 2 : Wir erleben im Alltag, wie Geschlechterrollen in Bewegung geraten sind, dass junge Frauen – nicht nur bei uns, sondern in vielen Ländern - Bildungs- und Lebenschancen und ein Selbstbewusstsein haben, von denen ihre Großmütter nur träumen konnten. Aber die Arbeitsteilung in den Haushalten und die Zuständigkeit von Frauen für Kinder, Kranke und Alte weicht nur sehr langsam auf, und dies spiegelt sich in Zeiten globaler Migration in einer neuen internationalen Arbeitsteilung.

Beispiel 3: Die einen sagen, Frauenbewegung ist tot, und außerdem überflüssig, weil so viel erreicht wurde. Gleichzeitig haben wir kürzlich eine Inflation neuer Feminismen erlebt, von F-Klasse bis Pop, von Feuchtgebieten bis Kopftuch, von Konservativen bis Queer, Das Etikett Feminismus wird inzwischen beliebig auf alles geklebt, wo ein paar starke Frauen drin sind. Andere haben eine Debatte über den diskriminierten Mann vom Zaun gebrochen und das Familienministerium hat ein Jungsreferat eingerichtet.

Ich möchte den 100jährigen internationalen Frauentag nutzen, um in diesem widersprüchlichen Szenario Klarheit zu bekommen, wie weit wir tatsächlich gekommen sind mit Geschlechtergleichheit, nachdem das 20.Jahrhundert als Jahrhundert des Feminismus gefeiert wurde. Jahrestage haben a weng ein Geschmäcke: Ehrentage, Feiertage, Gedenktage, merkwürdige Rituale... Lassen Sie uns auf die Geschichte von Frauenbewegungen zurückschauen, um zu vergegenwärtigen, in welcher Kontinuität die Kämpfe für Frauenrechte stehen, und dabei drei Fragen verfolgen.

- a) Welchen Anfang hat die 1. Frauenbewegung gemacht?
- b) Welchen großen Sprung nach vorn hat die 2. Frauenbewegung gemacht, beginnend Ende der 1960 Jahre?
- c) Und welche Sprünge machen wir noch? Oder wo stehen und bewegen wir uns?

Ich möchte Sie zu einer Zeitreise einladen und Bilder wachrufen. Am 19.3.1911 beteiligte sich in Deutschland eine Million Frauen in bodenlangen Röcken und hochgeschlossenen Rüschenblusen an Kundgebungen und Versammlungen, Frauen, die zum Demonstrieren noch einen Hut aufsetzten.

Keine Frage, was der Frauentag 1911 war: ein Kampftag, mobilisiert vor allem durch Gewerkschafts- und SPD-Frauen. Im Aufruf hieß es „Arbeiterinnen, Frauen und Mädchen. Der 19. März ist euer Tag. Er gilt Eurem Recht. Her mit dem Frauenwahlrecht.“ Die verschiedenen Legenden, die sich um den Ursprung des Tages ranken, stammen alle aus gewerkschaftlichen und Streikzusammenhängen. Auch die Idee eines internationalen Frauentags geht auf Sozialistinnen zurück.

Aber die Tatsache, dass der 19.3.1911 ein Riesenerfolg wurde, lag darin begründet, dass sich die bürgerliche Frauenbewegung beteiligte und in seltener Einigkeit mit der proletarischen Frauenbewegung für ein gleiches und allgemeines Wahlrecht kämpfte. Zuvor hatte sie sich lediglich im Rahmen des Drei-Klassenwahlrechts für gleiche Rechte wie die bürgerlichen Männer eingesetzt, aber nicht über Klassenschranken hinweg für ein allgemeines Wahlrecht. Außerdem forderten die bürgerlichen Frauen den Zugang zu gehobenen Berufen, unterstützten jedoch wenig die Forderungen der Arbeiterinnen nach einem 8-Stundentag, Mutterschutz, Mindestlöhnen und gleichen Löhnen für gleiche Arbeit.

Diese Einheitsfront von proletarischen und bürgerlichen Frauen brach schnell auseinander bei dem zweiten Thema, das die internat Frauentage bald bestimmte: gegen Militarismus und Krieg. Die Arbeiterinnen galten den Bürgerlichen als vaterlandslose Gesellinnen. Und umgekehrt sahen Sozialistinnen wie Clara Zetkin 1) keine Gemeinsamkeiten mit den Bürgerlichen und wollten 2) Schulter an Schulter und niemals gegen die Männer kämpfen. Frauenwahlrecht und Klassenkampf gingen für Rosa Luxemburg hand in Hand. Gleichwohl formulierte Clara Zetkin als Ziel, „Frauenrechte als Menschenrechte“ anzuerkennen, die für alle Frauen, weltweit und universell gelten.

Während die Bürgerlichen die Andersartigkeit von Frauen betonten, ging es den Sozialistinnen um Gleichheit mit den Männern: „Wir wollen Freie und wir wollen Gleiche sein“ und „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ lauteten ihre Parolen – was uns natürlich aus heutiger Perspektive müde lächeln lässt, weil damals niemand forderte, dass Männer gleiche Pflichten im Haus und bei der Kinderbetreuung übernehmen sollten.

Als Frauen in Deutschland im November 1918 das allgemeine und gleiche Wahlrecht erhielten, war das der größte Erfolg der 1. Frauenbewegung und viele Vertreterinnen des bürgerlichen Lagers meinten, damit sei Gleichberechtigung erreicht. Für die meisten Sozialistinnen aber rückte nun das Thema „Recht auf Erwerbsarbeit“ in den Vordergrund, denn die aus dem 1. Weltkrieg heimkehrenden Soldaten nahmen die Arbeitsplätze ein, die Frauen im Krieg besetzt hatten. Hinzu kam der Mutterschutz und die Forderung nach einem Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Frauenfrage war in erster Linie eine soziale Frage und eine Frage menschlicher Würde, was sich in der wunderbaren Forderung nach „Brot und Rosen“ ausdrückte.

Ich habe dieses Spektrum von Themen und Akteurinnen aufgemacht, um ihre Aktualität zu zeigen und die wichtigsten Fäden aufzunehmen, die bis in die Gegenwart hineinwirken

- 1) Die drei Schlüsselthemen – Gleichheit in der Politik, Frieden/Anti-Militarismus, Recht auf Erwerbsarbeit – sind immer noch aktuell.
- 2) Das Konzept von Recht bzw. das Bewusstsein über Unrecht war ein zentraler Motor des Kampfes.

- 3) Niemals gab es nur eine Frauenbewegung, einen Feminismus, holde Eintracht aller Frauen. Zu allen Zeiten haben Frauen gestritten, dann aber strategische Allianzen gebildet, gemeinsam gekämpft und verhandelt, und sind danach wieder verschiedene Wege gegangen.
- 4) Dass das Wahlrecht allein schon Emanzipation und Gleichberechtigung bringen würde, war natürlich ein Trugschluss. Es gibt nicht den einen Hebel, der das Thema Geschlechterungleichheit aus der Welt schafft, denn sie ist ein komplexes System, das die Gesellschaft strukturiert.

Nun machen wir einen **Zeitsprung zur 2. Frauenbewegung**, die Ende der 1960er Jahre in Nordamerika und Westeuropa begann. Zeitgleich wurde in der DDR und überhaupt im realsozialistischen Osteuropa das Thema Gleichheit durch die volle Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit offiziell für erledigt erklärt. Am 8. März wurden die Errungenschaften des Sozialismus gefeiert, in den Betrieben Sonderschichten eingelegt und die Fleißigsten mit Orden ausgezeichnet.

In der Bundesrepublik entstand im Kontext eines demokratischen Aufbruchs mit der Studentenbewegung, der außerparlamentarischen Opposition (APO) die 2. Frauenbewegung. Ihre entscheidende Leistung war, die Frauenfrage aus der Unsichtbarkeit der Privatsphäre mit dem Slogan: „das Private ist politisch“ herauskatapultiert zu haben. Sie thematisierte die „Frauenfrage“ als Geschlechterfrage und als gesellschaftliche Machtfrage.

Die Bilder, die dazu gehören, sind lila Latzhosen und BH-Verbrennungen. Feminismus war ein Kampfbegriff, der sich frontal gegen das Patriarchat als gesellschaftliche Hierarchie richtete, aber auch nicht ganz selten gegen Männer und die dominante Maskulinität.

Neue Themen wie Sexualität, Gewalt gegen Frauen, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wurden erstmalig öffentlich gemacht und skandalisiert. Körperpolitik stand im Zentrum – „Mein Bauch gehört mir!“ – Abtreibungsrecht und sexuelle Selbstbestimmung, was auch lesbische Sexualität einschloss. Vermittelt über diese Themen gelang es, über soziale Klassen und Schichten hinweg eine kollektive Geschlechtsidentität herzustellen. Frauenbewegungen machten massiv Druck von der Straße her und forderten Rechte und Politiken, die Diskriminierung, Gewalt und Ausschluss aufgrund des Geschlechts verhindern sollten.

Der Erfolg dieser Strategie, nämlich Druck von unten, war eine Institutionalisierung von Frauenpolitik in der Bundesrepublik, eine Vielzahl von Gesetzen vor allem im Familien- und Eherecht, Quoten bei einzelnen Parteien und landesweit Gleichstellungsbeauftragte. Ohne diese Errungenschaft würden wir auch heute hier nicht sitzen.

Diese kämpferischen und konfrontativen Frauenbewegungen, die sich vom Norden in den Süden des Globus fortsetzten, zielten von der lokalen bis zur globalen Ebene auf gesellschaftliche Veränderung, vom privaten Nahkampf der Geschlechter bis zur „Global Women`s Lobby“ bei den Vereinten Nationen.

Die UN erklärten 1975 zum Jahr der Frau und nahmen den 8. März in ihren Kalender von Jahrestagen auf. Mit der 1. Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko begann eine Internationalisierung und weltweite Institutionalisierung von Frauenthemen, vorangetrieben durch eine globale

Vernetzung von Frauen, die 1995 ihren Höhepunkt im Umfeld der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking fand. Auch dieser Prozess war zunächst von Kontroversen unter Frauen dominiert, diesmal zwischen Nord- und Südfrauen. Der zentrale Konfliktpunkt war der Führungsanspruch westlicher Feministinnen, die ihre Patriarchatserfahrungen und ihre Emanzipationsforderungen auf Frauen in der „Dritten Welt“ übertrugen und diese gleichzeitig als unemanzipierten „Andere“ unterstellten.

Der alte Klassengegensatz war ebenfalls nicht vom Tisch. Domitila Barrios, Ehefrau eines bolivianischen Minenarbeiters, brachte dies 1975 mit ihren zu Berühmtheit gelangten Fragen an eine Frau aus der mexikanischen Elite auf den Punkt: „Sagen sie mir bitte, Senora, hat Ihre Lage Ähnlichkeit mit der meinen? Über welche Gleichheit werden wir reden? Scheint es Ihnen nicht so, dass wir im Augenblick, auch als Frauen, nicht gleich sein können?“

Mühsam entstand eine Akzeptanz für unterschiedliche Herkünfte und Kulturen und Verständigungsbereitschaft auf der Grundlage „Uns ein mehr als uns trennt“. Zentrale Mobilisierungsvehikel waren in der Folge das Thema Gewalt gegen Frauen und das Menschenrechts/Frauenrechtsparadigma. Der Rechtsansatz führte zu einem neuen Selbstverständnis der Frauen und zu einer anderen Fremdwahrnehmung: Frauen traten nun als Trägerinnen eines allgemeinen Rechtsanspruchs auf, als zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Rechtssubjekte, nicht mehr primär als Bittstellerinnen und Bedürftige wie dies zuvor stark der Fall gewesen war. Auf diese Weise wurde es möglich, Unrecht an Frauen und damit Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen, gleichzeitig aber die Opferrolle zu überwinden und als Rechtssubjekte legitime Rechte einzufordern. Auf der Grundlage des Menschenrechts/Frauenrechtskonzepts gelang eine Mobilisierung und strategische Verschwisterung, die nach dem Motto „gemeinsam sind wir stark“ höchst schlag- und wirkkräftig war.

Es gelang, auf internationaler Ebene, bei den UN, Frauenrechte und Gleichstellungspolitik zu institutionalisieren. Doch die Bilanz bezüglich der Einlösung von Frauenrechten ist höchst ambivalent: Viele Länder schrieben zivile und politische Rechte von Frauen sowie den Schutz vor Gewalt in ihrer Gesetzgebung fest. Im Bildungsbereich haben Mädchen nicht nur gleichgezogen, sondern die Jungs überholt. Doch durch die Globalisierung, die global verschärfte Standortkonkurrenz und Sparzwänge im öffentlichen Sektor gerieten soziale und wirtschaftliche Rechte unter Druck. Die grundlegende Geringbewertung des Weiblichen als das „Andere“ in Kultur und Ökonomie ist nicht beseitigt.

Frauenbewegungen sind zersplittert, sie sind in spezialisierte Projekte und Nicht-Regierungsorganisationen aufgegangen oder haben den Marsch durch die Institutionen angetreten, personell und thematisch.

Damit sind wir im **neuen Millennium** angekommen und ich möchte auf die anfängliche Frage, was uns heute noch bewegt oder was sich bewegt, in dreifacher Weise zurückkommen, nämlich 1) in bezug auf die Globalisierung und die Wirtschaft, 2) in bezug auf die Politik und 3) den Feminismus.

Zur Wirtschaft und den globalisierten Märkten: Hinter uns liegt eine Boomphase der Globalisierung, in der Frauen stark in die Erwerbsarbeit und in die transnationalen Wertschöpfungsketten integriert worden sind. Allerdings zu ungleichen Bedingungen, und deshalb nenne ich es paradoxe Integration, nämlich im globalen Süden als Billiglohnarbeiterinnen in die

Exportindustrien, als Migrantinnen, die als Hausangestellte in den Metropolen wischen, windeln und Alte betreuen, als flexibel und Teilzeitarbeitende, Minijoberinnen oder als Ich-AG.. Das alles resultiert in dem anfänglich bereits erwähnten Lohngefälle, und in einer neuen Klasse der „working poor“, in der Frauen nahezu zwei Drittel stellen. Gleichzeitig aber öffneten sich neue Aufstiegschancen, denn so viele Frauen wie nie zuvor haben sich in mittlere Management-Positionen hochgearbeitet, in Dtl besetzen sie knapp 30 % der Führungspositionen auf mittlerem Niveau, in den USA und Kolumbien bereits 50 %. Doch in die Spitze der Finanz- und Wirtschaftswelt sind weltweit nicht einmal 5 % vorgestoßen, in Dtl sitzen nur 2,3 % in Vorstandsetagen – also immer noch männliche Biotope.

Die EU erreichte ihr Gleichstellungsziel für 2010, eine Frauenerwerbsquote von 60 % - ein bedeutender Schritt hin auf das von der EU angestrebte Erwachsenen-Erwerb-Modell: jeder/jede erwachsene Person soll erwerbstätig sein. Das sagt allerdings noch nicht, welche Arbeit Frauen machen. In Dtl sind mehr als 62 % der Frauen erwerbstätig, aber wenn man sich diese viel gerühmte Feminisierung der Beschäftigung näher anschaut, stellt man fest, dass der Zuwachs in den vergangenen Jahren nur im Bereich von Teilzeit- und Minijobs stattfand. Die Erwerbsarbeitszeit von Frauen ist gleich geblieben, aber mehr Frauen teilen sie sich. Das heißt, es gibt einen Anwachs von prekärer Beschäftigung, entsprechend prekärer Einkommen, minimaler Rentenansprüche und einer bevorstehenden Welle weiblicher Altersarmut. Die Mehrzahl der deutschen Familien, und das hat seine Ursache vor allem in Westdeutschland, folgt immer noch dem Modell des männlichen Ernährers plus der teilzeitarbeitenden Zuverdienerin.

Die Krise hat uns sehr anschaulich gezeigt, dass die gesamte Wirtschaft gegendert ist. Erinnern sie sich an die Bilder, wie die Opel-Männer und die Frauen von Karstadt/Arcandor gleichzeitig die Regierung um Rettung vor dem Bankrott baten. Damals stellte die Regierung Opel als Schlüsselindustrie Hilfe in Aussicht, die Ernährermänner wurde mit Kurzarbeitskonzepten durch die Krise geholfen, bis die Exportindustrien dank der Nachfrage aus China wieder auf die Beine kamen. Karstadt steht für das Zuverdienerin-Modell und die Binnenmarktorientierung und unsere Regierung sagte, das sei ein veraltetes Geschäftsmodell und nicht systemrelevant. Unter den Rettungsschirm genommen wurde nur, was systemrelevant war: Banken und Schlüsselindustrien. Aber die Krise schuf ihre eigene Dynamik: sie hat das Modell des Ernährermannes weiter ausgehöhlt, mehr Männer als Frauen verloren ihren Job und mehr Frauen wurden zu Hauptverdienerinnen der Familien – also eine weitere Flexibilisierung der Rollen in Richtung auf das Erwachsenen-Erwerb-Modell.

Wenig später streikten die Kita-Angestellten für bessere Arbeitsbedingungen und Mindestlöhne und stellten damit implizit die Frage, ob ihre Arbeit nicht systemrelevant ist. Eine Verdi-Vertreterin kommentierte: „Wir haben nicht für 2 ergonomische Stühle gestreikt, sondern für mehr Anerkennung unserer Arbeit“. Darin steckt hundert Jahre später immer noch das „Brot und Rosen“-Motiv. Damit sind wir bei dem Springpunkt von Arbeit und Gesellschaft aus der Geschlechterperspektive angekommen. Wie vereinbart eine Gesellschaft ihre eigene soziale Reproduktion und das Wirtschaften. Diese Frage ist stets als Vereinbarkeitsproblem den Frauen als Einzelnen auf die Schultern gepackt worden. Tatsächlich ist dies aber ein bisher von der Politik nicht kohärent bearbeitetes Problem. Die Politik hat ein massives Vereinbarkeitsproblem.

Das gilt auch für die EU. Sie konnte das zweite Ziel ihrer Gleichstellungspolitik – das erste war 60 % Frauenerwerbsquote – , nämlich 2010 Hortplätze für 1/3 aller Kleinkinder unter drei und Kindergartenplätze für 90 % aller Vorschulkinder bereitzustellen, bei weitem nicht erreichen.

Auch das Elterngeld und die wachsende Zahl von jungen Vätern, die Betreuungszeit nehmen – übrigens meist nur zwei Monate und am liebsten während der Fußballwelt- oder Europameisterschaft – hat noch nicht die entscheidende Wende zur Gleichverteilung von Sorgearbeit in der Gesellschaft gebracht. Der Einsatz von Migrantinnen als Putz- und Haushaltshilfe und vor allem zur Altenbetreuung hat vielmehr eine neue internationale Arbeitsteilung entlang klassen- und ethnischer Linien zwischen Frauen gebracht und nicht zwischen Männern und Frauen – wie die 2. Frauenbewegung gehofft hatte. Subjektiv und individuell wünschen sich junge Frauen und auch junge Männer, dass alle Arbeit – bezahlte und unbezahlte – geteilt wird nach dem Motto „Liebling, wir schaffen das schon“. Aber nach dem ersten Kind gilt in Deutschland als dominantes Muster, dass die Erwerbsarbeitszeit der Väter ansteigt, die der Mütter abnimmt und in den meisten Fällen dauerhaft niedrig bleibt. Das Ehegattensplitting ist ein steuerpolitischer Anreiz für die Fortführung dieses Ernährer-Zuverdienerin-Modells.

Gleichzeitig bemüht sich die Politik - und das macht den spezifischen Van-der Leyen-Feminismus aus -, Lösungen für das Versorgungsproblem vor allem in der Familie zu suchen. Die Ableitung von Rentenansprüchen aus familiärer Betreuungszeit, das Elterngeld, das neue Pflegeversicherungsgesetz, das auf die Mobilisierung von Familienangehörigen gleich welchen Geschlechts für die Altenbetreuung zielt, - das sind familiarisierte Lösungsansätze, die tendenziell auf mehr Geschlechtergerechtigkeit zielen, aber vor allem die öffentlichen Haushalte entlasten sollen.

Die globalisierten Märkte haben also die Geschlechterverhältnisse in Bewegung gebracht, die deutsche Politik bewegt sich eher im Schneckentempo hinterher und schwankt zwischen markt- und familienorientierten Ansätzen. Wir erleben also einerseits die realen Verschiebungen auf den Erwerbsmärkten mit einer Flexibilisierung von Frauenrollen und der Erosion des Ernährermodells und gleichzeitig eine punktuell auf Ausgleich orientierte Familienpolitik, die eine Antwort auf die Befürchtung ist, dass Deutschland wegen seiner niedrigen Geburtenrate dauerhaft Probleme sozialer Reproduktion und wirtschaftlichen Wachstums bevorstehen. Aber wir haben in dieser Republik keine durchgängige kohärente Gleichstellungspolitik, die alle Lebensphasen und -bereiche von Frauen und Männern abdecken würde und die Gleichheit der Geschlechter - von Anfang bis Ende in alle Politiken integriert - als Ziel verfolgen würde.

Ich sehe in der bundesdeutschen Politik den Kampf zweier Linien: einerseits eine konservative, familienorientierte Linie, die auf Familie, Steigerung der Geburtenrate und das Modell des Ernährermannes orientiert, zugespitzt im vorgeschlagenen Betreuungsgeld, auch Herdprämie genannt, und mit der Entdeckung des diskriminierten Mannes bzw. der Einrichtung eines Jungsreferats. Zum anderen eine neoliberale Linie, die Frauen flexibel für die Märkte mobilisiert, ihre Qualifikationen nutzt und durch diese Flexibilisierung Kosten senkt, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Damit korrespondiert das EU-Ziel: Work first, zuerst Frauen in die Erwerbsarbeit, egal welche. Das ist aber nur möglich, wenn Migrantinnen – in der Regel schlecht bezahlt - oder aber Männer den Frauen einen Teil der notwendigen Sorgearbeiten abnehmen, denn sonst funktioniert die soziale Reproduktion der Gesellschaft nicht.

Wenn die Politik einen sozialen Wandel dieses komplexen Systems anstoßen will, braucht sie umfassende, ganzheitliche Konzepte für Geschlechtergerechtigkeit in der Sorge- und Marktökonomie, nicht nur Ein-Punkt-Maßnahmen. Es geht um eine Umverteilung und eine

Umbewertung von Arbeit, immer noch um Brot und Rosen. Politische Interventionen, die zwischen sozialen Gegensätzen oder Ungleichheiten vermitteln wollen, müssen Maßnahmen an beiden Polen ansetzen, wenn das gesamte Spektrum in Bewegung geraten soll. Der Einbezug von Männern in die Sorgearbeit im Privaten muss durch Investitionen in den öffentlichen Sektors, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, mehr Männer in Teilzeitjobs, mehr Frauen in Führungspositionen, also durch eine Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten flankiert werden. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beseitigen, gelingt nicht durch einen weiteren Jahrestag, den Equal Pay Day, der am 23. März begangen wurde. Wenn Arbeit umbewertet werden soll, muss sich was in unser aller Köpfe verändern und natürlich in den Strukturen. Da reichen auch keine Mindestlöhne für Pflegeberufe, so wichtig sie als Schutzmaßnahme sind, sondern wir brauchen auch Maxilöhne, zu deutsch: Einkommensdeckel von oben für Banker, Manager und andere überbewertet Arbeitende, progressive Besteuerung inklusive einer Reichensteuer und internationaler Umverteilungssteuern. Ein solcher Umbau lässt sich nicht von oben verordnen. Zur Aushandlung neuer Sozialverträge braucht man demokratische Beteiligung, partizipative Bürgerhaushalte und eine gendersensible Budgetierung. Geschlechtergerechtigkeit kann es nur in einer Wirtschaft geben, die wieder vom spekulativen Kopf, dem Finanzmarkt, auf die versorgenden Füße gestellt wird: im Zentrum jeder Wirtschaft muss die Versorgung und das Wohlergehen von Menschen stehen, nicht die Anhäufung von Renditen und Wachstum Wachstum über alles.

Es geht also um mehr als um quantitative Gleichheit der Geschlechter, es geht um eine Transformation der gesellschaftlichen Spielregeln und Machtstrukturen, die Ungleichheiten immer neu produzieren, um neue Sozialverträge. In den vergangenen 100 Jahren ist kein Fortschritt von selbst oder automatisch erfolgt, jeder wurde erkämpft, erstritten, ausgehandelt und ist noch keineswegs gesichert. Als kürzlich mehrere entwicklungspolitische Institutionen zur GIZ mit einem siebenköpfigen Vorstand fusionierten, war keine Frau im Vorstand. Als die Parteien vor ein paar Wochen eine Enquete-Kommission zu Wachstum mit 17 wissenschaftlichen Sachverständigen einberiefen, war keine Frau dabei. Das ist 100 Jahre nach dem ersten internationalen Frauentag skandalös und inakzeptabel.

Im politischen Alltag haben emanzipatorische Konzepte ihren herrschaftskritischen Biss verloren und sind durch das Gender Mainstreaming zu einem technischen Verfahren verkommen.. Genderexpertinnen passen sich viel zu häufig an den Mainstream an. In den Institutionen hat sich eine Gender-Fatigue, eine Erschöpfung breitgemacht. Die strategische Verschwisterung der internationalen Frauenbewegung ist in viele einzelne Identitätspolitiken zerfallen. Für viele Frauen ist die Zugehörigkeit zu anderen Identitätsgemeinschaften wie sexuelle Orientierung, soziale Klasse, Religion oder migrantische Herkunft wichtiger als die soziale Kategorie Geschlecht. Junge Frauen wollen – zurecht - keine Opfer sein und glauben, dass sie es aufgrund individueller Leistungen schon schaffen werden. In Wien versuchte ein Bündnis am 19. März 20000 Frauen auf die Straße zu bringen, weil am 19.3.1911 20000 Frauen in Wiens Straßen demonstrierten. Diesmal wurden es nur ca. 7000.

Gleichwohl thematisierten am 8. März Frauen in vielen Ländern wie vor 100 Jahren strukturelles Unrecht, Ungerechtigkeit und Gewalt. Von Indien bis Südafrika forderten sie erneut Partizipation an politischer Entscheidungsmacht oder Quoten. In Mexiko gingen sie für ein Recht auf Abtreibung und gegen Gewalt auf die Straßen. In der arabischen Welt für Demokratie.

Dabei bedeutet die Rede von „Frauenrechten als Menschenrechte“ immer noch, dass nicht partikulare Interessen im Vordergrund stehen, sondern dass diese Rechte für alle gelten, nicht nur

für uns, sondern auch für Frauen anderer Klassen, Kulturen und Migrantinnen. Dies wird auch in Zukunft kein Deckchensticken sein. Ungleichheiten müssen repolitisiert werden, wir müssen Ungerechtigkeit wieder skandalisieren. Solange sie bestehen, werden Frauenbewegungen oder ein gesellschaftskritischer Feminismus sich immer wieder neu erfinden, Unterschiede zwischen Frauen akzeptieren, Gemeinsamkeiten identifizieren und so bedingungslos wie vor 100 Jahren „Brot und Rosen“ fordern, hier und jetzt und zwar für alle.